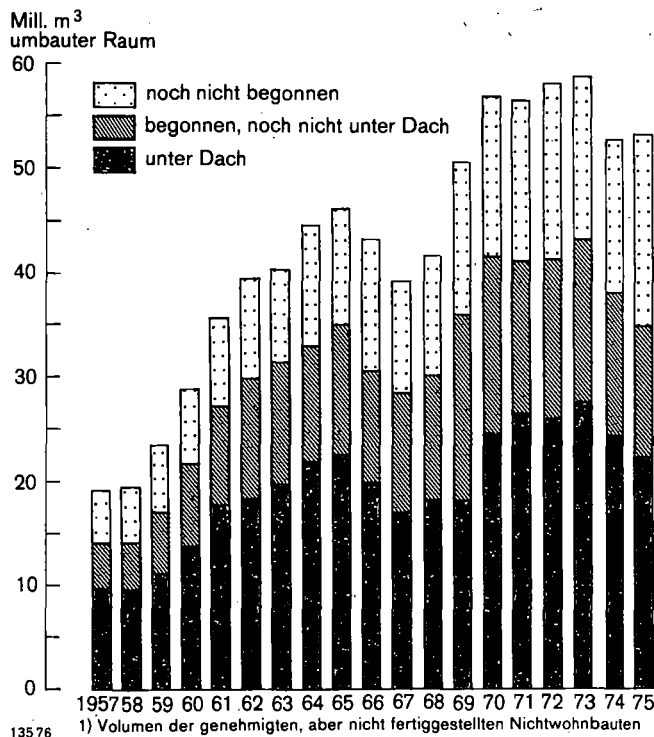


Schaubild 2

Langfristige Entwicklung des Bauüberhangs¹⁾ für Nichtwohnbauten



samt ein Überhang von 46 809 Wohngebäuden und 9499 Nichtwohnbauten festgestellt. Dabei war über die Hälfte der

Wohngebäude (52,7%) rohbaufertig, 16% befanden sich noch im Rohbau, und fast ein Drittel (31,3%) war noch nicht begonnen. Über die Hälfte (54,8%) der Genehmigungen stammte aus dem Jahr 1975, während 6,9% älter als drei Jahre waren.

Bei den Nichtwohnbauten waren Ende 1975 36,9% bereits rohbaufertig, 17,6% befanden sich noch im Rohbau und 45,5% waren noch nicht begonnen. Dabei war weit über die Hälfte (59,2%) der im Überhang befindlichen Nichtwohnbauten erst 1975 genehmigt worden und 7,8% der Genehmigungen waren älter als drei Jahre. Besonders auffallend ist hier der weit überdurchschnittliche Anteil der noch nicht begonnenen Vorhaben. Dieser hohe Anteil ist auf die starke Zunahme der Baugenehmigungen im übrigen Hochbau im letzten Drittel des Jahres 1975 zurückzuführen, die von der 7,5%igen Investitionszulage hervorgerufen worden war. Naturgemäß wurde der größte Teil der hier genehmigten Projekte nicht mehr im Jahr 1975 begonnen und führte damit zu der auffallenden Umschichtung der Struktur des Bauüberhangs.

Neben den entsprechenden Werten aus dem Bereich des Wohnungsbaus – aus dem Bauüberhang 1975/76 standen 14 656 genehmigte Wohngebäude mit 19,1 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes an, die noch nicht begonnen waren – wird vor allem dieser Teil des Bauüberhangs die Auftragslage der Bauwirtschaft in der nächsten Zeit bestimmen. Das im Überhang ermittelte Potential von 4323 Nichtwohnbauten mit insgesamt 18,5 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes, bei denen mit dem Bau noch nicht begonnen wurde, müßte normalerweise im ersten Halbjahr 1976 auftragswirksam werden, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß die Investitionszulage nur für Projekte gewährt wird, die bis 1977 fertiggestellt sind. Erste Auswirkungen zeigt bereits die bisher vorliegende Entwicklung der Auftragseingänge bei den monatlich zur Bauberichterstattung meldenden Betrieben des Bauhauptgewerbes.

Dipl.-Volkswirt Hans J. Richter

Mit dem Einkommen auskommen

Ergebnisse der laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen

Auskunft darüber, wohin das Haushaltseinkommen fließt bzw. ob und in welchem Ausmaß Änderungen der Verbrauchsstruktur – auch über einen längeren Zeitraum hinweg – eingetreten sind, geben detaillierte Aufzeichnungen ausgewählter Familien, die monatlich im Rahmen der „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ sämtliche Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch notieren. An dieser – im übrigen bundesweit laufend durchzuführenden – Erhebung¹ nehmen in Baden-Württemberg

21 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern (Haushaltstyp 1)

56 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) sowie

59 gleichartige Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3)

teil.

Möglichkeiten und Grenzen der Aussage

Angesichts der geringen, nicht repräsentativen Anzahl der auf freiwilliger Basis mitwirkenden Familien sowie im Hinblick auf den vom Gesetzgeber äußerst eng gefaßten Auswahlrahmen

¹ Aufgrund des Gesetzes über die Statistik von Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961.

– der in erster Linie dazu dient, den Aufwand an Kosten und Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten² – erhebt sich die Frage, welche Auswirkungen auf die Aussagekraft der Ergebnisse zu erwarten sind. So sind insbesondere verallgemeinernde Schlüsse hinsichtlich des Konsumverhaltens aller privaten Haushalte bzw. anderer als der zuvor beschriebenen Bevölkerungsgruppierungen unzulässig. Es ist aber auch nicht Zwecksetzung, ermittelte Durchschnittsangaben über Einnahmen und Ausgaben als unumstößliches Datum zu betrachten, damit würde man die Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnungen sicherlich überstrapazieren und überbewerten. Vielmehr liegt die eigentliche Bedeutung dieses statistischen Instruments im Aufzeigen von Entwicklungstendenzen und im Sichtbarmachen von Strukturverschiebungen innerhalb des Privaten Verbrauchs³. Hierfür scheint allerdings auch eine schmale Datenbasis geeignet und ausreichend zu sein, zumal der zeitliche Vergleichsrahmen durch ein Konstanthalten der sozio-ökonomischen Auswahlkriterien gewährleistet ist⁴. Darüber hinaus dürfte andererseits – und das wertet die Aussagekraft der Ergebnisse wiederum auf – ein punktuell bei den be-

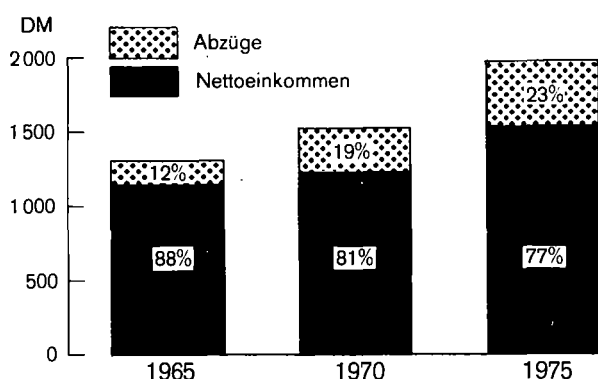
² Vgl. hierzu die Begründung des o. g. Gesetzes.

³ Vgl. hierzu die umfassende Darstellung der „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1972.

⁴ Durch Anpassung der vorgegebenen Einkommensspannen an die Einkommensentwicklung stehen die Haushalte jeweils am relativ gleichen Ort der Einkommenspyramide.

Brutto- und Nettoeinkommen von ausgewählten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen - in Preisen von 1970

- Durchschnitt je Haushalt und Monat -



14776

schriebenen Haushaltstypen beobachtetes Marktverhalten der Tendenz nach durchaus auch für einen erweiterten Kreis von Familien typisch sein und Gültigkeit haben.

Im folgenden werden – gemäß oben skizzierter Einschränkungen – schwerpunktmäßig die wesentlichsten Entwicklungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, vorwiegend bei den Familien des Haushaltstyps 2, dem nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes etwa 7% aller Arbeitnehmerhaushalte zuzurechnen sind, vorgestellt und sofern möglich mit Daten aus anderen Statistiken abgestützt.

Wachsendes Einkommen – steigender Verbrauch

Den Ergebnissen der Buchführung zufolge blieben 1975 einem 4-Personen-Haushalt (2 Erwachsene, 2 Kinder) in mittleren Einkommensverhältnissen mit durchschnittlich netto 2000 DM rund drei Viertel (77%) seines Bruttoeinkommens (von rund 2600 DM) für die Lebenshaltung übrig. Zehn Jahre zuvor verdiente derselbe Haushalt zwar nur rund 1200 DM brutto, netto standen ihm dagegen – aufgrund der damals geringeren Abzüge für Steuern und Versicherung – rund 1000 DM oder 88% seiner Bruttoeinkünfte zur Verfügung.

Trotz des Öffnens der „Abgabenschere“ wurde das Lebenshaltungsniveau dieser Testfamilie dennoch deutlich ange-

hoben. Ihr monatliches Nettoeinkommen hat nämlich im Laufe des genannten 10-Jahreszeitraumes real, also unter Berücksichtigung des Geldwertschwunds, durchschnittlich um ein Drittel zugenommen (*Schaubild 1*). Insofern büßte der Buchführerhaushalt auch nichts an Spielraum hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeiten seiner Einnahmen ein. 1975 wie 1965 gingen jeweils rund 80% auf das Konto „Privater Verbrauch“ (*Tabelle 1*). Diese Ausweitung der Verbrauchsausgaben folgte also langfristig in vollem Umfang der Steigerungsrate der Nettoeinkünfte. Somit scheint sich – auch in diesem eingeschränkten Rahmen – die Gesetzmäßigkeit zu bestätigen, wonach wachsende Realeinkommen ein Ankurbeln des Privaten Verbrauchs bewirken.

Darüber hinaus weisen leichte Konsumquotenausschläge (Anteil der Verbrauchsausgaben am ausgabefähigen Einkommen) nach oben und unten sowie Schwankungen bei den Aufwendungen für Vermögensbildung in den Jahren zwischen 1965 und 1975 auf eine mit wachsendem Wohlstand stärker ausgeprägte Konjunkturreakibilität des Verbraucherverhaltens der Testhaushalte hin. So fällt rückblickend auf das Jahr 1975 auf, daß die beobachteten Familien – der allgemein festgestellten Tendenz folgend – den gegebenen Unsicherheiten in der Beurteilung wirtschaftlicher Perspektiven dadurch begegneten, daß sie anteilmäßig weniger als in den Jahren vor dem rezessiven Einbruch für den Konsum ausgaben, dafür aber mehr Geld auf die hohe Kante legten⁵.

Deutliche Ausgabenverschiebungen

Besonders transparent erscheint das angehobene Niveau des Lebensstandards unserer Testfamilien, wenn die Ausgabenstruktur innerhalb des Privaten Verbrauchs etwas genauer beleuchtet wird. So zeigen die Zahlen im zeitlichen Vergleich eine merkliche Verlagerung einzelner Bedarfsschwerpunkte.

Während nämlich elementare Grundbedürfnisse wie Ernährung, Bekleidung und Wohnung 1970 mit durchschnittlich rund 700 DM noch zwei Drittel des gesamten Konsumbudgets beanspruchten, verringerte sich dieser Ausgabenposten real, also unter Ausschaltung von Preissteigerungen, bis auf 60% (rund 800 DM) im Jahr 1975 zugunsten eines eher variablen Bedarfs. Hierzu zählen die Verbrauchsgruppen: Hausrat (11%), Verkehr (13%), Körper- und Gesundheitspflege (3%), Bildung und Unterhaltung (10%) sowie die persönliche Ausstattung (3%).

⁵ Nach den Berichten der Landeszentralbank erhöhten sich u. a. im genannten Zeitraum die Bestände an Spareinlagen sowie der Absatz bzw. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren.

Tabelle 1

Verwendung des ausgabefähigen Einkommens ausgewählter 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen¹⁾

Durchschnitt je Haushalt und Monat

Art der Einnahmen bzw. Ausgaben	1965		1970		1975	
	DM	%	DM	%	DM	%
Ausgabefähige Einnahmen insgesamt	1 064	100	1 270	100	2 114	100
Nettoeinkommen	1 033	97	1 231	97	2 023	96
Sonstige Einkünfte ²⁾	31	3	39	3	91	4
Ausgaben für den privaten Verbrauch	882	83	1 064	84	1 761	83
Übrige Ausgaben	79	7	69	5	108	5
Freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung und Prämien für private Versicherungen (ohne Lebensversicherungen)	38	4	37	3	54	3
Übertragungen an andere private Haushalte, Beiträge, Spenden usw.	41	4	31	3	54	3
Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten ³⁾ ..	+ 103	+ 10	+ 138	+ 11	+ 246	+ 12
Bildung von Sachvermögen	+ 33	+ 3	+ 7	+ 1	+ 97	+ 5
Bildung von Geldvermögen (einschl. Prämien für Lebensversicherung)	+ 73	+ 7	+ 127	+ 10	+ 258	+ 12
Differenz zwischen Aufnahme und Rückzahlung von Krediten	- 3	-	+ 3	-	- 109	- 5

¹⁾ In jeweiligen Preisen. – ²⁾ Aus Untervermietung, Verkäufen, Erstattungen, Vermögensübertragungen über 1000 DM je Einzelfall usw. – ³⁾ Ohne Wertveränderung vorhandenen Vermögens: Vermögensbildung einschließlich Entschuldung (+), Vermögensauflösung einschließlich Kreditaufnahme (-). – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2
Ausgaben ausgewählter 4-Personen-Arbeitnehmerhaus-
halte mit mittlerem Einkommen
 Durchschnitt je Haushalt und Monat

Verwendungszweck	1970		1975 ¹⁾	
	DM	%	DM	%
Elementarer Bedarf	705	66	799	60
Nahrungs- und Genußmittel	367	34	409	31
Bekleidung, Schuhe	115	11	121	9
Wohnungsmieten	172	16	210	16
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	51	5	59	4
Variabler Bedarf	359	34	530	40
Hausrat	93	9	139	11
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	113	11	174	13
Körper- und Gesundheitspflege	40	4	42	3
Bildung/Unterhaltung	78	7	137	10
Persönliche Ausstattung	35	3	37	3
Lebenshaltung insgesamt	1064	100	1330	100

¹⁾ Preisbereinigt (in Preisen von 1970). – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Besonders bemerkenswert für die Entwicklung während dieses Fünfjahreszeitraumes war ein vergleichsweise geringfügiger realer Ausgabenzuwachs bei Ernährung (+ 11%) und Bekleidung (+ 5%); für Nahrungs- und Genußmittel wurden 1975 rund insgesamt 31%, für Bekleidung und Schuhe rund 9% des Haushaltsgeldes aufgewendet. Auch die Zunahme der Ausgaben für die Wohnung (Miete, Heizung, Beleuchtung) blieb mit real + 21% hinter der Steigerungsrate der gesamten Aufwendungen für die Lebenshaltung (+ 25%) zurück; immerhin beansprucht diese Bedarfsgruppe jedoch noch jede fünfte DM des monatlichen Verbrauchsetats (*Tabelle 2*).

Veränderte Ernährungsgewohnheiten

Da die Aufwendungen für die Ernährung nach wie vor den größenordnungsmäßig wichtigsten Ausgabenposten darstellen, wenn auch ihr Anteil am Konsumbudget von Jahr zu Jahr weiter fällt, soll diese bedeutsame Bedarfsgruppe etwas genauer beleuchtet werden.

1975 wurden von den 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen nominal durchschnittlich rund 530 DM und damit

Tabelle 3
Einkäufe ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel
der Haushalte in mittleren Einkommensverhältnissen
 Durchschnitt je Haushalt und Monat

Warenposition	Einheit	1950	1955	1960	1965	1970	1975
Fleisch	g	3 730	4 220	5 290	5 730	6 743	7 757
Wurst	"	2 280	3 600	3 920	4 170	4 182	5 664
Eier	St	42	55	67	57	56	60
Vollmilch	l	41	42	28	27	24	19
Sahne	g	140	200	380	300	472	696
Joghurt	"	–	–	–	350	1 214	1 424
Käse	"	1 310	1 280	1 790	2 030	2 209	2 555
Butter	"	1 590	1 230	1 660	1 800	1 580	1 273
Margarine	"	1 820	3 370	2 880	2 360	2 013	1 845
Schwarz- und Mischbrot	g	18 180	18 350	15 680	13 780	11 024	9 591
Weißbrot, Fein- gebäck u. Dauerbackwaren	"	4 660	5 130	5 020	4 450	4 684	5 415
Teigwaren	"	2 230	1 800	1 590	1 650	1 262	1 347
Kartoffeln	kg	29	23	19	15	12	9
Frischgemüse	g	11 240	10 510	12 690	6 450	6 987	7 541
Gemüsekonserven	"	790	1 310	1 140	2 470	2 544	3 257
Frischobst, auch Südfrüchte	"	15 700	14 310	23 730	14 630	13 653	12 776
Obstkonserven	"	470	540	950	1 270	1 137	1 475
Zucker	"	6 520	6 330	6 210	5 190	3 627	3 043
Süßwaren und Honig	"	790	990	1 220	1 510	1 997	3 250
Bohnenkaffee	"	40	200	330	440	495	728
Bier	l	2	7	9	11	13	13

nicht einmal mehr jede dritte DM für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben. Zehn Jahre zuvor errechnete sich hingegen noch ein entsprechender Anteil von rund 37%. Begleitet wurde diese – als *Engelsche* Gesetzmäßigkeit bekannte – Erscheinung von Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten. Anhand der mengenmäßigen Nachfrage nach einzelnen Nahrungs- und Genußmitteln lassen sich diese strukturellen Verschiebungen deutlich nachweisen (*Tabelle 3*).

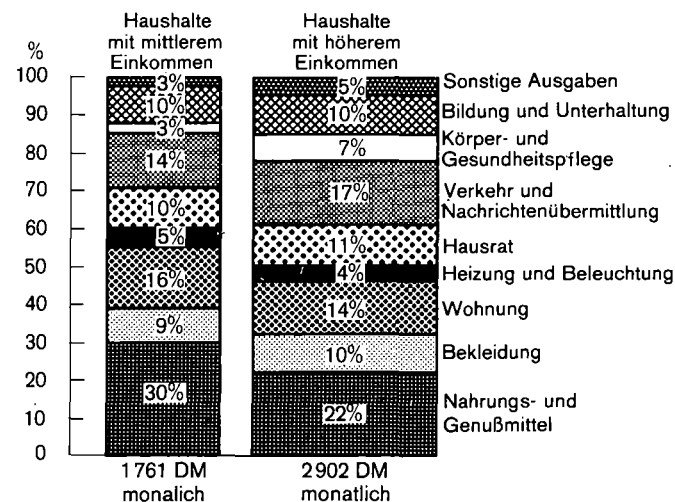
Danach verzeichnete (speziell innerhalb der letzten fünf Jahre) in erster Linie der Verbrauch folgender Güter steigende Tendenz: Fleisch, darunter speziell Schweinefleisch, Wurst, einzelne Milchprodukte wie Sahne, Joghurt, Quark und Käse, frisches und konserviertes Gemüse, Obstkonserven, Süßwaren und Bohnenkaffee. Mengenmäßig weniger nachgefragt wurden dagegen Trinkmilch, Butter und Margarine, Brot und Backwaren, Mehl, Kartoffeln und Zucker.

Hierzu trugen sicher mehrere Gründe bei. Einerseits dürfte ein erweitertes, reichhaltigeres Angebot an Nahrungs- und Genußmitteln, das nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Verbesserungen brachte, die Nachfrage beeinflußt haben. Daneben spielt aber auch ein empfindlicheres Preisbewußtsein der Verbraucher und nicht zuletzt wohl auch ein gewachsenes Gesundheitsbewußtsein eine beachtliche Rolle.

Schaubild 2

Verwendung der Ausgaben¹⁾ für den Privaten Verbrauch 1975

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



¹⁾ nominale Werte
 14976

Mehr Geld für variable Bedürfnisse

Durch die aufgezeigten Sättigungstendenzen im Bereich elementarer Konsumausgaben ergaben sich umgekehrt naturgemäß größere Möglichkeiten, variable, also zeitlich aufschieb- bare Konsumwünsche finanziell zu realisieren. Diese Erscheinung ist in verstärktem Maß auch bei gleichartigen Haushalten in besseren Einkommensverhältnissen anzutreffen. Hier kann nämlich bereits die Hälfte aller Konsumausgaben für die Erfüllung nichtelementarer Bedürfnisse aufgewendet werden (*Schaubild 2*).

Auch innerhalb der variablen Verbrauchsstruktur haben übereinstimmend bei beiden Haushaltstypen die Ausgabenschwerpunkte im zeitlichen Vergleich deutlich gewechselt. Nachdem zunächst mehr Geld für Hausrat sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung investiert wurde, zeigt sich – speziell während des vergangenen Jahres – eine stärkere Kaufneigung bei Gütern für Bildung und Unterhaltung, Körper- und Gesund-

Tabelle 4
Ausgaben für die Freizeitgestaltung 1975
Monatsdurchschnitt je Haushalt

Ausgabenart	Haushalte mit			
	mittlerem Einkommen ¹⁾		höherem Einkommen ²⁾	
	DM	%	DM	%
Außerhalb des Urlaubs	220	71	343	64
davon				
Bücher, Broschüren, Zeitungen,				
Zeitschriften	26	9	52	10
Fernseh-, Rundfunk- u. Phonogeräte ³⁾	44	14	48	9
Kraftfahrzeug ⁴⁾	45	15	70	13
Sport und Camping	25	8	52	10
Gartenpflege und Tierhaltung	9	3	13	2
Spiele und Spielzeug	16	5	22	4
Besuch von Kino, Theater,				
Konzert u. ä.	7	2	16	3
Fotografieren, Filmen ⁵⁾	8	3	10	2
Sonstiger Freizeitbedarf	39	13	59	11
Im Urlaub	90	29	197	37
Insgesamt	310	100	540	100

¹⁾ Durchschnittliches ausgabefähiges Einkommen: 2 114 DM. – ²⁾ Durchschnittliches ausgabefähiges Einkommen: 3 818 DM. – ³⁾ Einschließlich Gebühren. – ⁴⁾ 30% der Aufwendungen für das Kfz außerhalb des Urlaubs. – ⁵⁾ Ohne Kosten für Entwickeln und Kopieren, die im sonstigen Freizeitbedarf enthalten sind. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

heutspflege sowie bei Waren für die persönliche Ausstattung (Schmuck und andere Wertgegenstände). Diese Ausgabenausweitung in einzelnen Bedarfsgruppen, die sich im übrigen weitgehend mit den je nach Wirtschaftsgruppe unterschiedlichen Zuwachsraten der im Bereich des Einzelhandels erzielten Umsätze deckt⁶⁾, läßt sicher nicht zuletzt auf einen gewissen Nachholbedarf in den genannten Gütersparten schließen.

Wachsende Ausgaben für die Freizeit

Zu den nicht unmittelbar lebensnotwendigen Konsumausgaben zählen im allgemeinen auch die Aufwendungen für die Freizeit. Allerdings wird der Freizeitgestaltung ein immer höherer Stellenwert innerhalb eines bestimmten realisierten Lebensstandards eingeräumt; die Freizeit Ausgaben sind zu einem festen Bestandteil des Konsumbudgets avanciert. Diese Entwicklung konnte auch durch die ungünstige Konjunktursituation des vergangenen Jahres nicht gebremst werden. Für Erholung und Entspannung am Feierabend, Wochenende und im Urlaub wurden 1975 erneut mehr finanzielle Mittel investiert als in den Jahren zuvor. Während der Freizeitanteil an allen Verbrauchsausgaben bei Familien in mittleren Einkommensverhältnissen 1973 mit durchschnittlich rund 200 DM etwa 14% betrug – die bessersituierten Haushalte gaben für die arbeitsfreie Zeit bereits rund 400 DM (18%) aus – ist das Freizeitbudget 1975 auf rund 310 DM oder 18% (Typ 2) bzw. rund 540 DM oder 19% (Typ 3) angewachsen.

Die Aufstockung des finanziellen Freizeitpolsters kam dabei

⁶⁾ Vgl. Schittenhelm, G., Umsatzentwicklung im Einzelhandel, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4, 1976.

⁷⁾ Vgl. Reisepläne für die Sommersaison 1973, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1973.

Tabelle 5
Reisegewohnheiten ausgewählter privater Haushalte

Merkmal	1974		1975	
	Anzahl ¹⁾	%	Anzahl ¹⁾	%
Von allen befragten Haushalten				
unternahmen mindesten eine Reise	106	93	93	97
darunter				
Kurzreise (bis zu 4 Tagen)	73	64	63	66
Erholungsreise (5 und mehr Tage)	94	83	85	89
Reisen insgesamt	426	100	451	100
davon				
Kurzreisen bis zu 4 Tagen	249	58	235	52
Reisen von 5 und mehr Tagen	177	42	216	48
davon				
mit Reisedauer von 1–2 Wochen	108	25	149	33
mit mehr als 2 Wochen	69	16	67	15
davon Reisen				
der ganzen Familie	271	64	188	42
einzelner Familienmitglieder	155	36	263	58
davon angetreten				
im Frühjahr	87	20	105	23
Sommer	208	49	185	41
Herbst	87	20	64	14
Winter	44	10	97	22
davon mit Reiseziel				
im Inland	308	72	325	72
darunter Baden-Württemberg	188	44	195	43
im Ausland	118	28	126	28

¹⁾ Nur Haushalte, die das ganze Jahr an der Erhebung mitwirkten. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

überwiegend der Gestaltung des Urlaubs zugute. 1973 waren beim Haushalt mit höherem Einkommen beispielsweise rund 31% aller Freizeitausgaben für den Urlaub reserviert, 1975 errechneten sich bereits 37% (Tabelle 4). Diese Steigerung kann kaum verwundern, denn für einen Erholungsurlaub von 5 und mehr Tagen Dauer wurden im Durchschnitt rund 1930 DM aufgewendet. Haushalte mit mittlerem Einkommen nahmen sich mit durchschnittlich rund 1340 DM für eine derartige Reise vergleichsweise bescheiden aus.

Reisefreudigkeit ungebrochen

Mit den wachsenden Freizeitausgaben korrespondiert eine zunehmende Reisefreudigkeit unserer Buchführerhaushalte, die im übrigen durch Meldungen von Reiseunternehmen bestätigt wird. Danach hielt der Reiseboom auch 1975 – trotz wirtschaftlicher Schlechtwetterlage – ungebrochen an. Im einzelnen fällt bei der Gegenüberstellung der Reisegewohnheiten während der beiden letzten Jahre auf, daß Kurzreisen bis zu 4 Tagen weiterhin dominieren, Erholungsreisen von 5 und mehr Tagen Dauer – speziell Urlaube zwischen 1 und 2 Wochen – aber offenbar an Attraktivität gewinnen (Tabelle 5). Besonderer Beliebtheit erfreuten sich 1975 die Einzelreisen; nur bei 2 von 5 Reisen war die gesamte Familie unterwegs. Abweichend von anderen Untersuchungen⁷⁾ errechnete sich bei den beobachteten Haushaltstypen eine besonders hohe Quote für Inlandsreisen (72%), eine Erscheinung, welche unmittelbar mit dem vorgegebenen Auswahlrahmen, der lediglich jüngere Familien mit Kindern in die Erhebung einbezieht, in Verbindung zu bringen ist.

Dipl. Hausb. wiss. Monika Wild